

<b>ANFRAGE</b>  Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke)  vom 19.10.2010	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:	<b>18. Plenarsitzung Gemeinderat</b>  <b>14.12.2010</b> <b>606</b> <b>29</b> <b>öffentlich</b>
<b>Integrationskurse als Integrationshilfe an der Volkshochschule Karlsruhe</b>		

1. Welche Chancen und Möglichkeiten ergeben sich für erfolgreiche Absolventen/-innen von Integrationskursen an der vhs Karlsruhe prinzipiell?
2. Wie hat sich die Anzahl der Personen, die an der vhs Karlsruhe einen Integrationskurs begannen, entwickelt, je in den Quartalen: 3. Quartal 2009, 4. Quartal 2009, je 1., 2. und 3. Quartal 2010?
  - a) Bei Personen, die zu einem Integrationskurs verpflichtet waren?
  - b) Bei Personen, die freiwillig einen Integrationskurs absolvierten?
3. Teilt die Stadtverwaltung die Auffassung, dass Bürger/innen mit Migrationshintergrund, die freiwillig einen Integrationskurs belegen (wollen), als besonders bildungs- und integrationswillig bezeichnet werden können?
4. Seit wann gilt die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verordnete Sperrfrist von 3 Monaten nach Antragstellung für Bürger/innen mit Migrationshintergrund, die freiwillig einen Integrationskurs besuchen wollen?
5. Wie viele Interessierte, die freiwillig einen Integrationskurs belegen wollen/wollten, wurden seitdem an der vhs Karlsruhe von dieser Sperrfrist betroffen bzw. konnten keinen Integrationskurs in dem von ihnen gewünschten Zeitrahmen besuchen?
6. Wie viele dieser Bürger/-innen haben sich trotzdem für einen Integrationskurs nach Ablauf dieser Sperrfrist angemeldet bzw. besuchen freiwillig einen Integrationskurs?
7. Wie viele der von der 3-monatigen Sperrfrist Betroffenen mussten wegen dieser Sperrfrist ihr Vorhaben, freiwillig einen Integrationskurs zu belegen, grundsätzlich aufgeben?
8. Für wie viele an einem freiwilligen Integrationskurs Interessierte verschiebt sich durch die 3-monatige Sperrfrist der Kursbeginn von 2010 nach 2011?

- 
9. Wie viele Integrationskurse sind durch diese von der Bundesregierung verordnete Sperrfrist an der vhs Karlsruhe bisher ausgefallen?
  10. Wie vielen an Integrationskursen Teilnehmenden musste bisher an der vhs Karlsruhe ein Wiederholerkurs verweigert werden, weil die Bundesregierung auch hierfür die Zulassungsbedingungen verschärft hat?
  11. Wie viele Alphabetisierungskurse sind bisher ausgefallen bzw. mussten verschoben werden, weil die Garantievergütung jetzt erst ab 10 Teilnehmenden (vorher 8) gewährt wird?
  12. Wie vielen Interessierten ist es auf Grund der Zulassungsverschärfungen durch die Bundesregierung bisher unmöglich gemacht worden, einen Integrations-Teilzeitkurs zu belegen – und welche Gruppen der auf Teilzeit-Integrationskurse an der vhs Karlsruhe Angewiesene sind davon besonders betroffen?
  13. Wie wirkt sich die Verschärfung der Fahrtkostenregelung auf Interessierte und Teilnehmende an Integrationskursen aus, in dem sie nur noch Fahrtkosten erstattet bekommen, wenn der Schulungsort nicht mehr als 3 Kilometer von ihrem Wohnort entfernt ist?
  14. Welche Auswirkungen hat nach Kenntnis der Stadtverwaltung die Verschärfung der Bedingungen für Gewährung und Durchführung von Integrationskursen
    - a) auf die an Integrationskursen an der vhs Karlsruhe interessierten bzw. teilnehmenden Bürger/innen mit Migrationshintergrund?
    - b) auf das Lehrpersonal der Integrationskurse an der vhs Karlsruhe?
  15. Teilt die Stadtverwaltung die Auffassung, dass ein Widerspruch vorliegt, wenn die Bundesregierung einerseits ständig öffentlich mehr Integrationswillen von den Bürger/-innen mit Migrationshintergrund verlangt, gleichzeitig aber die Zulassungsbedingungen wie die Durchführung von Integrationskursen Karlsruhe erschwert?
  16. Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung im Rahmen ihrer Möglichkeiten, die negativen Wirkungen der Verschärfung von Zulassung und Gewährung von Integrationskursen an der vhs Karlsruhe zu minimieren bzw. wird sie sich etwa über den Deutschen Städtetag für eine Rücknahme dieser Verschärfungen einsetzen – um letztlich die Integrationsbedingungen für Bürger/innen mit Migrationshintergrund in Karlsruhe zu verbessern?

---

**Sachverhalt/Begründung:**

Von den Bürger/-innen mit Migrationshintergrund wird aus Politik und Wirtschaft wie aus einer Gebetsmühle mehr Integrationswillen abverlangt. V. a. das Erlernen und die Verbesserung der Sprach- und Kommunikationskompetenzen wird eingefordert. Gleichzeitig hat die schwarz-gelbe Bundesregierung die Zulassungsvoraussetzungen und die Durchführung von Integrationskursen im Laufe des Jahres 2010 zweimal verschärft.

Die wesentlichen Punkte: Wer sich freiwillig für einen Integrationskurs angemeldet, muss erst mal eine 3-monatige Sperrfrist abwarten. Fahrtkosten werden nur noch erstattet, wenn der Schulungsort sich nicht mehr als 3 Kilometer vom Wohnort weg befindet. Eine freie Wahl des Schulungsortes aus familiären oder sonstigen Gründen ist damit trotz vorherigen Versprechens hinfällig. Die Möglichkeiten einen Wiederholerkurs zu besuchen, wurden eingeschränkt. Alphabetisierungskurse werden den Schulungsträgern nun erst ab 10 Teilnehmenden (vorher 8) gewährt. Die Zulassung von Teilzeitkursen wurde erschwert; Teilzeitkurse sind besonders wichtig für Kursteilnehmer/-innen, die etwa einen Job haben oder aus familiären Gründen (Kinder usw.) keinen Ganztageskurs belegen können.

Hintergrund: Die Bundesregierung weigert sich entgegen ihrer Integrationsrhetorik, die Kosten der Integrationskurse der Nachfrage anzupassen. Stattdessen wird versucht, die Zahl derer zu drücken, die einen Integrationskurs freiwillig besuchen wollen, also besonders motiviert sind, ihre Sprache und ihre Kommunikationsmöglichkeiten zu verbessern. Das muss von den Betroffenen schlicht als zynisch empfunden werden.

Man kann durchaus von einer kalkulierten Integrationsbremse seitens der Bundesregierung sprechen. Die Anfrage soll die Auswirkungen erhellen, wie sie sich an der vhs Karlsruhe darstellen. Und Möglichkeiten aufzeigen, wie die Stadt den schädlichen Folgen auf Integration und Integrationsmotivation begegnen kann.

unterzeichnet von:

Sabine Zürn

Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Sitzungsdienste -

3. Dezember 2010